



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 15. Mai 2012 (21.05)
(OR. en)**

**9585/1/12
REV 1**

**ECOFIN 388
UEM 107
ELARG 39
STATIS 39**

VERMERK

des	Vorsitzes
für die	Delegationen
<u>Betr.:</u>	Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Dialogtreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und des Beitrittslandes sowie der beitrittswilligen Länder vom 15. Mai 2012

Die Delegationen erhalten anbei die Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Dialogtreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und des Beitrittslandes sowie der beitrittswilligen Länder vom 15. Mai 2012.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES
ZUM DIALOGTREFFEN DER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN
DER EU UND DES BEITRITTSLANDES SOWIE DER BEITRIITZWILLIGEN LÄNDER
VOM 15. MAI 2012

Am 15. Mai 2012 sind die Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und des Beitrittslandes sowie der beitrittswilligen Länder, Vertreter der Kommission und der Europäischen Zentralbank sowie Vertreter der Zentralbanken des Beitrittslandes und der beitrittswilligen Länder zu ihrem 14. wirtschaftspolitischen Dialogtreffen zusammengekommen. Die Minister begrüßten, dass Kroatien (Beitrittsland), Island, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und die Türkei ihre wirtschaftlichen Heranführungsprogramme 2012 und Serbien sein Wirtschafts- und Finanzprogramm vorgelegt haben, aus denen wichtige Indikatoren in Bezug auf die Integration in die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU im Hinblick auf die Beitrittsperspektive der Länder hervorgehen; die Minister nahmen Kenntnis von den darin dargelegten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Durchführung von Strukturreformen. Die Programme betreffen den Zeitraum 2012-2014.

Allgemeine Schlussfolgerungen

Die Minister würdigten die Fortschritte des Beitrittslandes und der beitrittswilligen Länder bei der Stabilisierung und Umstellung ihrer Volkswirtschaften.

Was Kroatien betrifft, so begrüßten die Minister, dass das wirtschaftliche Heranführungsprogramm sehr umfassend ist und dass insbesondere ein Schwerpunkt auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gelegt wird. Sie würdigten ferner den stabilen Rahmen für die Geld- und Wechselkurspolitik. Was das BIP-Wachstum angeht, so ist das makroökonomische Szenario wesentlich optimistischer als die derzeitigen allgemeinen Annahmen. Die Abwärtsrisiken im Kontext der Wachstumsprognosen des wirtschaftlichen Heranführungsprogramms werden durch die jüngste Verschlechterung der Aussichten für wichtige Exportmärkte und das derzeitige Ölprensniveau verstärkt, und das Leistungsbilanzdefizit könnte wieder ansteigen, wenn das Wachstum sich wie im wirtschaftlichen Heranführungsprogramm vorgesehen entwickelt. Bezüglich des haushaltspolitischen Szenarios sind die Herausforderungen insbesondere mit dem Erfordernis verknüpft, konkrete Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung im Einklang mit den Prognosen festzulegen. Angesichts des langsamen Tempos des Reformprozesses in den vergangenen Jahren wird die Regierung ermutigt, die Strukturreformen durchzuführen und zu beschleunigen.

Was Island betrifft, so stellten die Minister fest, dass die Wirtschaft sich derzeit von einer langen und tiefen Rezession erholt, und sie begrüßten die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung. Sie betonten jedoch, dass es bei dem weitgehend plausiblen Szenario des Programms überwiegend Abwärtsrisiken gebe. Der überraschend starke private Verbrauch im Jahr 2011 war durch höhere Löhne und Sozialleistungen sowie andere vorübergehende Faktoren bedingt, deren Wirkung sich voraussichtlich mittelfristig abschwächen wird. Die Investitionen könnten aufgrund der laufenden Umschuldung von Unternehmen und der möglichen Verzögerungen bei energieintensiven Projekten weiterhin beschränkt bleiben. Umfangreiche Kapitalverkehrskontrollen sind eines der hervorstechendsten Merkmale der Wirtschaft; ihre Abschaffung stellt eine besonders große Herausforderung dar. Nach budgetären Fehlentwicklungen im vergangenen Jahr und mit Blick auf die Parlamentswahlen im Jahr 2013 könnten die Konsolidierungsbemühungen weiter zurückgehen, insbesondere angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit einigen Konsolidierungsmaßnahmen und der Zusammensetzung der Anpassung.

Was die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien betrifft, so betonten die Minister, dass unbedingt ein ausreichend detaillierter Rahmen und ein statistisch fundiertes Programm vorgelegt werden müssen, damit ein gewinnbringender Gedankenaustausch stattfinden kann. Das größte Risiko für das Programm ist ein Wachstum, das niedriger ausfällt als erwartet. Hinsichtlich der Strukturreformen bestehen die wesentlichen Risiken darin, dass die Reformen verzögert, ausgesetzt oder nur teilweise umgesetzt werden. Aufgrund der mangelnden Genauigkeit des haushaltspolitischen Szenarios für das Land ist es nicht möglich zu beurteilen, inwieweit die vorgelegten Strukturreformen im Einklang mit dem Haushaltsrahmen stehen. Eine bessere und konkretere Integration von Haushaltsrahmen und Reformagenda wäre von Nutzen gewesen. Im Hinblick auf einen EU-Beitritt steht das Land noch immer vor den großen Herausforderungen einer Verbesserung des Funktionierens des Arbeitsmarktes, des Ausbaus der Verwaltungskapazitäten und der Regelungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Vertragsdurchsetzung.

Was Montenegro betrifft, so betonten die Minister, dass die Ziele des Programms im Einklang mit den Prioritäten für den Beitritt stehen, d.h. Stärkung der makroökonomischen Stabilität und Beibehaltung der Reformdynamik. Das größte Risiko ist nach wie vor die noch immer schwache Kapazität der Wirtschaft zur Umschuldung, woraus sich das Risiko einer Anhäufung von Zahlungsrückständen aufgrund der Illiquidität der Unternehmen ergibt. Im haushaltspolitischen Bereich ist das wesentliche Risiko weiterhin der Kostenaufwand für die Schuldentilgung; es wird durch die Notwendigkeit zusätzlicher Kreditaufnahmen für die Finanzierung des Defizits und die Inanspruchnahme der erheblichen staatlichen Garantien für die Aluminiumfabrik noch verschlimmert.

Was Serbien betrifft, so würdigten die Minister das anhaltende Wachstum der Wirtschaft im vergangenen Jahr. Sie begrüßten wichtige Schritte hin zur Umstellung der serbischen Volkswirtschaft, wiesen jedoch darauf hin, dass einige strukturelle Schwächen weiterbestehen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit behindern. Die Glaubwürdigkeit der Programmziele wird dadurch beeinträchtigt, dass das makroökonomische und das haushaltspolitische Szenario überarbeitet werden müssen. Dem Programm käme eine detailliertere Beschreibung der Politiken und Maßnahmen zugute, die einen strukturellen Wandel hin zu einem nachhaltigeren Wachstum, das auf Exporte und Investitionen gestützt ist, bewirken könnten. Es bleibt abzuwarten, wie diese Strategie sich entwickelt, da keine verbindlichen Pläne für die Umsetzung der Strukturreformen vorliegen.

Was die Türkei betrifft, so betonten die Minister, dass dem Programm ein ausreichend umfassender und weitgehend kohärenter makroökonomischer Rahmen zugrunde liegt, der jedoch recht optimistisch scheint, insbesondere hinsichtlich der Szenarien für die Zahlungsbilanz und die Inflation. Angesichts der Wachstumsprognosen des Programms erscheinen die haushaltspolitischen Ziele realistisch. Hinsichtlich der Strukturreformen und institutionellen Reformen wirkt das Programm fragmentiert, es ist nicht ausreichend mit dem haushaltspolitischen Szenario verknüpft und im Hinblick auf die Beitrittsperspektive des Landes nur teilweise auf die Reformanforderungen ausgerichtet.

Insgesamt betonten die Minister, dass sie entschlossen sind, die Fortschritte bei der Gesamtwirtschafts-, der Haushalts- und der Strukturpolitik in den beitrittswilligen Ländern weiter zu beobachten, um die kontinuierliche Verankerung ihrer mittelfristigen Wirtschaftsprogramme sicherzustellen. Sie werden im Laufe des Jahres 2013 wieder zusammentreten und ihren Dialog fortsetzen. Auch auf der Ebene des Wirtschafts- und Finanzausschusses und der entsprechenden Gremien wird der Dialog im Jahr 2013 fortgesetzt.

Was die Statistiken betrifft, so begrüßten die Minister den Fortschrittsbericht vom April 2012 über den Aktionsplan für Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken für die beitrittswilligen Länder. Alle beitrittswilligen Länder haben Fortschritte bei der Erfüllung der Anforderungen des Aktionsplans erzielt, jedoch sind in einigen Statistikbereichen nach wie vor zusätzliche Bemühungen erforderlich, um den Anforderungen des Aktionsplans umfassend zu genügen.

Schlussfolgerungen

Kroatien

- Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm (2012-2014) Kroatiens sieht einen umfassenden – wenngleich optimistischen – mittelfristigen makroökonomischen und haushaltspolitischen Rahmen vor, dem die Projektion einer schrittweisen Erholung von der Rezession und Stagnation der vorangegangenen Jahre zugrunde gelegt wurde. Grundlegendes Ziel des Programms ist die Erstellung einer wissensbasierten, exportorientierten und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft mit steigender Produktion und Beschäftigung und Erhaltung der sozialen Kohäsion. Das Dokument erfüllt weitgehend die formalen Anforderungen und scheint mit dem am 24. Februar 2012 angenommenen Staatshaushalt für 2012 übereinzustimmen.
- Die gesamtwirtschaftliche Leistung war 2011 gekennzeichnet durch eine Stabilisierung des Produktionsniveaus nach dem Absinken in den Jahren 2008 bis 2010. Schätzungen zufolge hat das Jahres-BIP gegenüber 2010 in realen Werten stagniert (- 0,0 %). Die Beschäftigung ist jedoch weiter zurückgegangen, was einen Anstieg der Erwerbslosenquote um 1,7 Prozentpunkte bewirkt hat. Die Verbraucherpreisinflation ist auf einen Jahresdurchschnitt von 2,3 % gestiegen, was überwiegend auf die höheren Rohstoffpreise, insbesondere im Nahrungsmittelbereich, zurückzuführen ist. Das Leistungsbilanzdefizit ist mit 1 % des BIP gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Bruttoauslandsverschuldung, eines der größten Probleme im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Leistung, ist über das ganze Jahr mit knapp über 100 % des BIP auch stabil geblieben. Für 2012-2014 sieht das wirtschaftliche Heranführungsprogramm ein makroökonomisches Szenario mit gemäßigttem Produktionsanstieg und relativ niedriger Inflation voraus. Das reale BIP soll schrittweise von 0,8 % Wachstum im Jahr 2012 auf 2,5 % im Jahr 2014 ansteigen. Die Erwerbslosenquote soll im Jahr 2012 auf 14 % ansteigen und erst ab 2014 wieder zurückgehen. Die Verbraucherpreisinflation soll mit rund 2,4 % relativ stabil bleiben. Bis Ende des Prognosezeitraums wird trotz des erneuten Wachstums ein leichter Leistungsbilanzüberschuss erwartet. Die Auslandsverschuldung soll bis 2014 schrittweise auf rund 95 % des BIP zurückgehen. Vor dem Hintergrund wesentlicher externer Anfälligkeiten wäre es angebracht gewesen, eine Analyse der externen Nachhaltigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens im Bereich der Kosten und Preise vorzunehmen. Insgesamt ist das makroökonomische Szenario optimistisch in Bezug auf das Produktionswachstum in naher Zukunft und die Entwicklung der Leistungsbilanz.

- Das staatliche Haushaltsdefizit war für 2011 auf 5,6 % des BIP veranschlagt worden, und dieses Ziel ist gemäß den vorläufigen Informationen des Finanzministeriums weitgehend erreicht worden. Im wirtschaftlichen Heranführungsprogramm 2012-2014 ist eine umfassende ausgaben-gesteuerte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vorgesehen. Der Großteil der Anpassung wird im Jahr 2012 stattfinden. Danach soll die Senkung des Haushaltsdefizits moderater ausfallen, nämlich auf 3,3 % des BIP im Jahr 2013 und auf 2,6 % im Jahr 2014. Die Umsetzung der vorgesehenen Kürzungen bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, den Kosten des Gesundheitswesens und der Beihilfen wird eine große Herausforderung darstellen, insbesondere bereits im laufenden Haushaltsjahr. Darüber hinaus erfordern die haushaltspolitischen Ziele im Hinblick auf das Defizit eine Rückkehr zu einem zumindest moderaten BIP-Wachstum.
- Strukturelle Wachstumshindernisse wurden im wirtschaftlichen Heranführungsprogramm nicht angemessen ermittelt, sondern nur indirekt angeschnitten. Das Programm erstreckt sich auf eine Vielzahl von Bereichen, in denen strukturelle Reformen anstehen, insbesondere die Produkt- und Arbeitsmärkte, verschiedene Sektoren der Industrie und der öffentlichen Versorgung, Finanzwirtschaft, Landwirtschaft, öffentliche Verwaltung, Bildungswesen, Gesundheitsfürsorge, soziale Sicherheit, Justiz und Umweltschutz. Dem Programm würde als Orientierungsrahmen für eine Agenda für Strukturreformen die Festlegung von eindeutigen Zielen, spezifischen Maßnahmen und konkreten Zeitvorgaben für die Durchführung zugute kommen. Verstärkte Bemühungen zur Beschleunigung der Durchführung von Reformen, insbesondere in den Bereichen Unternehmensumstrukturierung, Bildungswesen und Arbeitsmärkte, würden mittel- und langfristig auch dazu beitragen, das Wachstumspotenzial und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern.
- Die von der Zentralbank seit Sommer 2011 vorgenommene schrittweise Verringerung der überschüssigen Liquidität des Bankensystems als Reaktion auf den Abwertungsdruck auf die Kuna erscheint gerechtfertigt, da ein ungeordneter und anhaltender Wertverlust der Währung ernsthafte Konsequenzen für die finanzielle und gesamtwirtschaftliche Stabilität haben könnte. Die Einengung der Geldpolitik ist Ausdruck dieses Schwerpunkts der Zentralbank auf das Wechselkursziel; diese Bemühungen der Regierung um Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen zur Ankurbelung der Wirtschaft sind besonders lobenswert. In der Tat würde eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und eine strukturelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen nicht nur zu einer nachhaltigeren außenwirtschaftlichen Lage beitragen, die derzeit durch einen erheblichen Rollover-Bedarf der privaten und öffentlichen Auslandsverschuldung in einem internationalen Kontext immer wieder bestätigter weltweiter Risikoscheu gekennzeichnet ist, sondern auch die Gestaltung der Geldpolitik erleichtern.

Island

- Island hat sein wirtschaftliches Heranführungsprogramm 2012-2014 im Februar 2012 vorgelegt. Hauptziel ist es, die Grundlage für eine nachhaltige Konjunkturerholung nach einer langen und tiefen Rezession zu schaffen. Das Programm präsentiert ein weitgehend plausibles mittelfristiges makroökonomisches Szenario und ein relativ ehrgeiziges haushaltspolitisches Szenario, wenngleich bei beiden nicht zu vernachlässigende Abwärtsrisiken bestehen. Der Qualität des Programms wäre es sehr förderlich, wenn es um alternative Wachstumsszenarien und eine Haushaltssensitivitätsanalyse ergänzt würde, um die potenziellen Risiken besser einschätzen und beziffern zu können. Auch hinsichtlich der zu erfüllenden formalen Anforderungen und der zu übermittelnden Daten besteht Raum für Verbesserung.
- Ende 2010 hat eine Erholung der Wirtschaft eingesetzt, und das reale BIP ist 2011 mit 3,1 % stärker als erwartet angestiegen. Seit Mitte 2011 ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt positiver geworden, wenngleich die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor große Herausforderungen darstellen. Eine starke Inlandsnachfrage hat die Inflation in die Höhe getrieben und trotz einer robusten Exportleistung zu einer Verringerung des Handelsüberschusses bei Waren und Dienstleistungen geführt. Die offiziellen Bruttowährungsreserven sind weiterhin angestiegen und haben Ende 2011 einen Wert von 64 % des BIP erreicht.
- Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm 2012-2014 enthält ein weitgehend plausibles Wachstumsszenario mit einer maßvollen Erholung, die vom Privatverbrauch, den Investitionen und den Exporten getragen wird. Der Verbrauch der öffentlichen Hand wird voraussichtlich weiter zurückgehen und erst in den späteren Jahren des Programms wieder anziehen. Die Gesamtinvestitionen bleiben auf einem historischen Tiefstand von rund 14 % des BIP, sollen aber im Zuge der Konjunkturerholung und der Verwirklichung großer energieintensiver Projekte wieder ansteigen. Die Inlandsnachfrage soll das Importwachstum antreiben und im Verlauf des Programms das Exportwachstum übersteigen. Als Folge soll der Außenhandelsüberschuss 2014 auf unter 8 % des BIP fallen. Die um die Nettoeinnahmen von in Abwicklung befindlichen Banken bereinigte Leistungsbilanz hat 2011 ein geringfügiges Defizit verzeichnet, soll aber im Verlauf des Programms wieder einen Überschuss erzielen und positiv bleiben. Dem Programm fehlt eine ausführliche Bewertung der Struktur und Finanzierung der Leistungsbilanz und eine tiefgehende Analyse der Nachhaltigkeit im Außenhandelsbereich, einschließlich Fragen der Wettbewerbsfähigkeit.

- Die Haushaltskonsolidierung war in den vergangenen Jahren erfolgreich. Das Primärdefizit wurde 2011 auf rund 1 % des BIP verringert, und der Anstieg der öffentlichen Schuldenquote wurde aufgehalten. Die Konsolidierungsbemühungen haben jedoch 2011 nachgelassen, und Fehlentwicklungen haben zu einem Haushaltsdefizit geführt, das höher als erwartet ausfiel. Zusätzlich wurde bei der Überarbeitung des mittelfristigen Haushaltsszenarios im Oktober 2011 eine gemäßigte mittelfristige Anpassung vorgesehen. Angesichts des Risikos weiterer haushaltspolitischer Fehlentwicklungen und des bereits hohen Niveaus der Staatsverschuldung wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass die Regierung ihr ehrgeiziges Ziel weiter verfolgt, die Verschuldung bis 2020 auf unter 60 % des BIP zu senken. Der Glaubwürdigkeit des haushaltspolitischen Programms wäre es zuträglich gewesen, wenn nähere Angaben zur Ausführung des Haushalts 2011 und eine ausführlichere Bewertung der politischen Maßnahmen zur Unterstützung des mittelfristigen Haushaltsrahmens, der damit verbundenen Risiken und der möglichen Notfallmaßnahmen zur Bekämpfung dieser Risiken bereitgestellt worden wären.
- Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm erfasst eine breite Palette von Bereichen, in denen Strukturreformen durchgeführt werden sollen, um die Angebotsseite der Wirtschaft zu verbessern und ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Die Darlegung der wichtigsten politischen Maßnahmen ist jedoch nicht ausführlich genug und könnte noch verbessert werden. Dem Programm käme es ebenfalls zugute, wenn ein klarer Zeitplan und eine genaue Abfolge der geplanten Maßnahmen zusammen mit ihren geschätzten Auswirkungen auf den Haushalt angegeben würden.
- Angesichts des Umfangs der Banken- und Währungskrise in Island wurden bemerkenswerte Fortschritte dabei erzielt, die Volkswirtschaft im Rahmen des IWF-gestützten Programms auf einen Wachstumspfad zurückzubringen. Es bleiben jedoch noch einige Herausforderungen zu bewältigen. Was die Geld- und Währungspolitik betrifft, so ist es entscheidend, dass die Beschränkungen des Kapitalverkehrs so rasch wie möglich beseitigt werden. Bezüglich der Inflation könnte es erforderlich sein, den weiterhin wachstumsorientierten Kurs der Zentralbank angesichts des wieder aufkommenden Preisdrucks und der ersten Anzeichen von Zweitrundeeffekten zu überdenken. Dabei muss insbesondere auf die Rolle der Teilnehmer an den Verhandlungen über die Löhne im Privatsektor hingewiesen werden. Schließlich ist eine Neugestaltung des währungspolitischen Rahmens Islands unbedingt erforderlich.

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

- Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm 2012-2014 der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde am 31. Januar 2012 vorgelegt. Sein Hauptziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch eine breite Palette von Maßnahmen, wie bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen, Unterstützung von KMU, Verbesserung des Humankapitals und des Funktionierens des Arbeitsmarkts. Diese Ziele entsprechen den Herausforderungen, vor denen das Land steht. Die Erwartungen der Regierung für den Programmzeitraum sind nach wie vor ehrgeizig, und die Analyse der Auswirkungen verschiedener Wachstumsszenarien auf andere Teile der Wirtschaft scheinen unvollständig. Das makroökonomische Szenario ist insgesamt eher optimistisch. Eine haushaltspolitische Strategie ist nicht erkennbar, da weder der Pfad der öffentlichen Finanzen für die Jahre 2012-2014 noch die geplanten Maßnahmen ausführlich erläutert werden. Die Agenda für Strukturreformen ist sehr umfassend, hätte aber von einer ausführlicheren Erörterung der politischen Maßnahmen und deren geschätzten Auswirkungen auf die Verwirklichung der Programmziele profitiert.
- Das reale BIP-Wachstum betrug 2,9 % im Jahr 2010 und 3 % im Jahr 2011, was im Wesentlichen auf ein starkes Wachstum in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen war. Die Inflation stieg auf 1,6 % im Jahr 2010 und auf 3,9 % im Jahr 2011, aufgrund der hohen internationalen Preise für Nahrungsmittel und Brennstoffe. Das Handelsdefizit stieg von 20,8 % des BIP im Jahr 2010 auf 23 % im Jahr 2011. Entsprechend der zugrunde liegenden Dynamik der Handelsbilanz stieg das Leistungsbilanzdefizit von 2,1 % im Jahr 2010 auf 2,8 % in 2011. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen stieg von 2,3 % im Jahr 2010 auf etwa 4,2 % in 2011. Der Auslandsvermögensstatus hat sich 2011 offensichtlich deutlich verschlechtert, da zunehmend auf ausländische Darlehen zurückgegriffen wurde, um überwiegend öffentliche Ausgaben zu finanzieren. Die Arbeitslosigkeit ging von 32 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2010 auf 31,4 % in 2011 leicht zurück. Trotz der relativ positiven gesamtwirtschaftlichen Leistung insgesamt bleiben die Herausforderungen im Rahmen des Beitritts weiterhin bestehen: Das Funktionieren der Marktwirtschaft muss verbessert werden, um das Wachstumspotenzial des Landes zu steigern und die extrem hohe Arbeitslosigkeit zu verringern. Dazu sind weiter anhaltende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Unternehmen, eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der institutionellen und administrativen Fähigkeiten sowie Bemühungen zur Verbesserung des Bildungsstands erforderlich.

- Der mittelfristige makroökonomische Rahmen für den Zeitraum 2012-2014 wird in Form jährlicher Bandbreiten für das BIP-Wachstum dargelegt. Dabei steigt die obere Grenze von 4 % Wachstum im Jahr 2012 auf 4,7 % im Jahr 2014, während die untere Grenze von 3 % im Jahr 2012 auf 4 % im Jahr 2014 ansteigen soll. Das Wachstum wird überwiegend von inländischen Faktoren getragen, insbesondere Privatverbrauch und Investitionen. Dies erscheint angesichts der beschränkten Möglichkeiten zur Anhebung der verfügbaren Einkommen recht optimistisch. Das Wachstum der Einfuhren soll weiterhin moderat bleiben und so zur einer Verringerung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts beitragen. Für die Inflation wird eine weiterhin positive Entwicklung prognostiziert, während ein starkes Beschäftigungswachstum zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen soll. Insgesamt besteht ein erhebliches Abwärtsrisiko für die Prognosen für 2012, während das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht aufgrund des erwarteten starken Wachstums in den Jahren 2013-2014 wesentlich stärker ausfallen könnte. Leider werden die Fragen im Zusammenhang mit der externen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes in dem Programm nicht detailliert genug analysiert.
- Das vorläufige staatliche Haushaltsdefizit betrug 2,5 % des BIP im Jahr 2011. Ein Einnahmestieg, der geringer als erwartet ausfiel, machte Anpassungen auf der Ausgabenseite erforderlich, damit das Haushaltsziel zu erreicht werden konnte. Wie bisher fanden der Großteil der Anpassungen im Bereich der öffentlichen Investitionen statt. Der Haushaltsplan für 2012 basiert auf einem eher optimistischen Wachstumsszenario, das von einem Wachstum des nominalen BIP von etwa 7 % und einem Anstieg der Einnahmen um knapp 6 % ausgeht. Dabei ist eine Beschränkung der Ausgaben vorgesehen, damit die Kapitalinvestitionen erhöht werden. Das Programm enthält jedoch nicht genug Einzelheiten darüber, wie diese Neuausrichtung genau umgesetzt werden soll. Für 2013-2014 planen die Behörden ein Defizit von bis zu 2,5 % des BIP. Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm liefert jedoch keine ausreichenden Details, weder zu den geplanten Einnahmen- und Ausgabenszenarien noch zu den geplanten Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Defizitziele. Die Risiken im Bereich der Schuldentilgung werden nicht angemessen behandelt.
- Dem Programm wäre eine eingehendere Diagnose der strukturellen Wachstumsengpässe im Einklang mit der Strategie Europa 2020 zugute gekommen. Die größten Herausforderungen im Bereich des Wachstums sind offensichtlich eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Ausbau der Kapazitäten in den Bereichen Justiz, Regulierung, Aufsichtswesen und Verwaltung und die Verbesserung des Bildungsstands der Arbeitskräfte. Im wirtschaftlichen Heranführungsprogramm 2012 wird ein größerer Schwerpunkt auf diese Schwachstellen gelegt. Es hätte jedoch von einer deutlicheren Verknüpfung der ermittelten Hindernisse und der vorgeschlagenen politischen Maßnahmen profitiert.

- In einem Klima günstiger makroökonomischer Bedingungen hat die Zentralbank die Leitzinsen im Jahr 2011 zu Recht bei 4 % unverändert gelassen. Die internationalen Reserven waren auf einem weitgehend angemessenen Niveau, und es gab wenig Anzeichen von erheblichem Druck auf die Zahlungsbilanz. Zudem konnte die Inflation in Grenzen gehalten werden, während das Wachstum der Bankdarlehen und der Inlandsnachfrage moderat war und weiterhin eine Produktionslücke besteht. Eine politische Herausforderung ist jedoch nach wie vor die Unsicherheit bezüglich der Finanzierung des Haushaltsdefizits, die direkte Auswirkungen auf die Gestaltung der Geld- und Währungspolitik hat. Der vorsichtige Ansatz der Zentralbank in Bezug auf Aufsicht und Regulierung hat zu einem stabilen Bankensektor beigetragen. Auf kurze Sicht ist die größte Herausforderungen für die Banken das Kreditrisiko, angesichts der Verschlechterung des äußeren Umfelds und der schwächeren Binnenwirtschaft seit der zweiten Jahreshälfte 2011. Das direkte Wechselkursrisiko ist niedrig, da der Nettogesamtbetrag der offenen Devisenposition des Bankensystems niedrig ist. Daher sind die anhaltenden Maßnahmen der Zentralbank zur Verringerung der inoffiziellen Euroisierung wirksam und begrüßenswert.

Montenegro

- Montenegro präsentiert in seinem ersten wirtschaftlichen Heranführungsprogramm 2012-2014 einen umfassenden mittelfristigen makroökonomischen und haushaltspolitischen Rahmen, der sich auf die Prognose eines moderaten Konjunkturabschwungs im Jahr 2012, gefolgt von einer schrittweisen Beschleunigung des Wachstums in den nachfolgenden Jahren, stützt. Hauptziel ist die Stärkung der haushaltspolitischen und finanziellen Stabilität als Vorbedingung für ein langfristiges Wirtschaftswachstum und eine höhere Beschäftigungsrate. Insgesamt erscheint das Programm weitgehend in Übereinstimmung mit den früheren zentralen Strategiepapieren zu stehen, und es hat zur Erstellung des Haushaltsgesetzes für 2012 beigetragen.
- Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2011 etwa 2,5 %. Es wurde überwiegend durch Ausfuhren und Privatverbrauch getragen, die beide durch eine widerstandsfähige Tourismusbranche unterstützt wurden. Die Inflation war mit durchschnittlich 3 % weiterhin moderat; sie war sowohl auf höhere Nahrungsmittel- und Transportpreise als auch auf einen Anstieg der Verbrauchsteuern zurückzuführen. Die Kreditvergabe der Banken war weiterhin negativ. Trotz einiger zusätzlicher Entlassungen in der Schwerindustrie und im Bergbausektor verzeichnete der Arbeitsmarkt eine gewisse Verbesserung aufgrund der Dynamik des Dienstleistungssektors. Das Beschäftigungsniveau stieg im Jahr 2011 um 1 % und die Arbeitslosenquote ging um 1,6 % Prozentpunkte auf 18 % zurück. Das Leistungsbilanzdefizit verringerte sich im Jahr 2011 auf 19 % des BIP gegenüber 25 % im Vorjahr, bleibt aber trotz dieser Korrektur noch immer sehr hoch.

- Das makroökonomische Szenario sieht eine Beschleunigung des realen BIP-Wachstums auf 4 % im Jahr 2014 gegenüber 2 % im Jahr 2012 vor. Im Zeitraum 2012-2014 wird der Privatverbrauch voraussichtlich den größten Anteil am Wachstum haben. Die Auswirkungen des Verbrauchs der öffentlichen Hand sollte aufgrund der Konsolidierungsbemühungen schwach bleiben, während bei den Investitionen im Durchschnitt ein knapp negatives Wachstum zu verzeichnen sein wird. Angesichts des ungewissen internationalen Umfelds enthält das Programm als nützliche Ergänzung ein Szenario mit niedrigem Wachstum. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich verringern aufgrund der krisenbedingten Anpassungen, die zu niedrigeren Einfuhren aufgrund der Abschwächung der Binnennachfrage führten. Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm sieht mittelfristig einen weiteren – wenn auch langsamen – Rückgang des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts vor (um 2 Prozentpunkte des BIP bis 2014). Das erhebliche Zahlungsbilanzdefizit macht das Land jedoch anfällig für Refinanzierungsrisiken und starke makroökonomische Anpassungen bei einer Verlangsamung oder Umkehrung der Kapitalflüsse. Vor diesem Hintergrund würde das Programm von einer eingehenden Analyse der Nachhaltigkeit der außenwirtschaftlichen Lage, einschließlich Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, profitieren.
- Im Hinblick auf die Verwirklichung nachhaltiger öffentlicher Finanzen ist im Rahmen der Haushaltspolitik mittelfristig eine ausgabengestützte Konsolidierung vorgesehen. Bislang wurden die öffentlichen Ausgaben von 47 % des BIP im Jahr 2010 auf 43 % im Jahr 2011 verringert. Das Programm sieht eine weitere mittelfristige Konsolidierung der Ausgaben auf 38 % des BIP im Jahr 2014 vor. Die Einnahmen sollten dagegen mit rund 39 % des BIP stabil bleiben, damit 2013 ein ausgeglichener Haushalt und 2014 ein Finanzierungsüberschuss erreicht wird. Der damit geschaffene haushaltspolitische Spielraum würde dazu genutzt werden, die Staatsverschuldung zurückzufahren und nachhaltige öffentliche Investitionen sicherzustellen. Die Verwirklichung dieser Haushaltsziele erscheint jedoch angesichts eines sich verschlechternden internationalen Umfelds, der Eventualverbindlichkeiten aus staatlichen Garantien und der weiter steigenden Steuerrückstände zunehmend unrealistisch.
- Das wirtschaftliche Heranführungsprogramm erfasst eine breite Palette von Bereichen, in denen Strukturreformen erforderlich sind, aber diesem Teil des Programms würde eine Bewertung der wichtigsten strukturellen Wachstumsengpässe zugute kommen. Insgesamt muss die Energie- und Verkehrsinfrastruktur verbessert werden, um das Wachstumspotenzial zu steigern. Ferner sind die Umstrukturierung der Metallindustrie und die Weiterführung der Privatisierung erforderlich, um die industrielle Diversifizierung zu verbessern, Ressourcen freizusetzen und die Metallverarbeitung stärker auf Verkehr, Energie und die Ausfuhr von Erzen auszurichten. Der Tourismus ist stark vom Zufluss ausländischer Investitionen abhängig. Weitere Bemühungen sind notwendig, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, insbesondere um das Problem von Verzögerungen bei der Entwicklung von Projekten zu lösen.

- Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Montenegro hinsichtlich seines politischen Handlungsrahmens vor Herausforderungen gestellt. Die Tatsache, dass Montenegro den Euro als einzig legales Zahlungsmittel nutzt und dem Land damit die währungspolitischen Standardinstrumente nicht mehr zur Verfügung stehen, führt dazu, dass die Haushaltspolitik das einzige wirksame makroökonomische Steuerungsinstrument ist; dabei gilt es, die schwierige Aufgabe zu bewältigen, zwischen der Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und der Fortsetzung der Konsolidierung abzuwägen¹. Über den aktuellen Konjunkturzyklus hinaus wird es äußerst wichtig sein, weitere Kreisläufe von Überhitzung und Einbruch zu vermeiden. Die Zentralbank wird in der Zukunft weiterhin mit mehreren Problemen konfrontiert sein, die das Wachstum behindern, da sie den anfälligen Bankensektor stärken, die Kreditausweitung ankurbeln und das anhaltend hohe Aufkommen notleidender Kredite sorgfältig überwachen muss.

Serbien

- Serbien hat sein Wirtschafts- und Finanzprogramm, das den Zeitraum 2012 bis 2014 abdeckt, am 31. Januar 2012 vorgelegt. Die zentrale mittelfristige Herausforderung für das Land besteht weiterhin darin, stabile makroökonomische und finanzielle Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die ein stärkeres Wachstum, mehr Arbeitsplätze und eine Verbesserung des Lebensstandards begünstigen. Die Konjunkturerholung setzte sich 2011 mit einem BIP-Wachstum von 1,6 % fort, das hauptsächlich auf eine Zunahme der Investitionstätigkeit zurückzuführen ist. Allerdings geriet das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte aufgrund der schwierigen globalen Wirtschaftslage unter Druck. Angesichts eines verlangsamten Exportwachstums stieg das Leistungsbilanzdefizit auf rund 9,5 % des BIP an, die Inflation begann jedoch allmählich nachzulassen. Obwohl das makroökonomische Szenario des Programms vor dem Hintergrund ungewisser internationaler Rahmenbedingungen nach unten korrigiert worden ist, erscheinen die Wachstumsprognosen weiterhin optimistisch, insbesondere für 2012, für das ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % erwartet wird, bevor es recht deutlich auf 4 % im Jahr 2014 ansteigen wird.
- 2011 lastete eine eher gemäßigte ausländische Nachfrage auf der Auslandsposition, die nach der Krise im Jahr 2009 konstant blieb. Angesichts des bevorstehenden Konjunkturabschwungs wird das Leistungsbilanzdefizit voraussichtlich 2012 vorübergehend steigen, sollte jedoch unter dem Stand vor der Krise bleiben, solange das Importwachstum 2013 und 2014 hinter dem Exportwachstum zurückbleibt. Obwohl das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht seit der Krise 2009 in beträchtlichem Umfang reduziert wurde, ist die Abhängigkeit von der Außenfinanzierung weiterhin hoch. Das Programm gibt einen umfassenden Überblick über zurückliegende Entwicklungen auf der Grundlage einschlägiger Indikatoren für die Anfälligkeit der Außenwirtschaft, was zu begrüßen ist, eine mehr auf die Zukunft ausgerichtete Einschätzung der Wettbewerbsposition Serbiens käme ihm allerdings mehr zugute.

¹ Der Rat (Wirtschaft und Finanzen) verweist auf seine Stellungnahme von 2007 zur einseitigen Euroisierung, die die montenegrinischen Behörden umfassend berücksichtigen sollten.

- Die gesetzlichen Vorschriften über die finanzpolitische Verantwortung, die 2010 verabschiedet wurden, zwingen die Behörden zu einer schrittweisen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Einklang mit einer Reihe numerischer Haushaltsregeln. Obwohl die mittelfristige haushaltspolitische Strategie, die in dem Programm vorgestellt wurde, den allgemeinen Vorgaben folgt, gibt es größere Risiken für die Durchführung der geplanten Ergebnisse, nicht zuletzt aufgrund des optimistischen makroökonomischen Szenarios. Gemäß dem Wirtschafts- und Finanzprogramm fiel das Haushaltsdefizit im Jahr 2011 aufgrund erheblicher Einnahmeausfälle inmitten einer verlangsamten Wirtschaftstätigkeit mit 4,6 % des BIP höher aus als ursprünglich veranschlagt. Die vorläufigen tatsächlichen Haushaltsdaten lassen ein noch höheres Defizit erwarten. Mittelfristig wird eine schrittweise Reduzierung prognostiziert, und Schätzungen zufolge wird das Haushaltsdefizit bis 2014 auf knapp unter 3 % des BIP sinken. Die haushaltspolitische Strategie sieht ab 2013 eine Haushaltsanpassung über die Ausgabenseite vor, und zwar durch eine Senkung des Anteils der laufenden Staatsausgaben als Prozentsatz am BIP, die hauptsächlich über Einschränkungen bei den Rentenausgaben, Löhnen und Gehältern und beim öffentlichen Konsum erreicht werden soll. Das Programm liefert jedoch keine ausführlichen Informationen über die geplanten haushaltspolitischen Maßnahmen, mit denen die öffentlichen Ausgaben begrenzt werden sollen. Eine strikte Anwendung der gesetzlichen Vorschriften über die finanzpolitische Verantwortung ist entscheidend für die Förderung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen des Landes. Allerdings müssen weitere Anpassungen zur Verbesserung der Zusammensetzung und der Wirksamkeit der Staatsausgaben, insbesondere im Renten-, Gesundheits- und Schulwesen sowie bei der öffentlichen Verwaltung, dringend vorgenommen werden.
- Serbien hat wichtige Schritte zur Umwandlung seiner Wirtschaft vorgenommen, doch besteht weiterhin eine Reihe struktureller Schwächen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hemmen. Es besteht nunmehr ein breiter Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit eines Wandels hin zu einem ausgewogeneren und nachhaltigeren Wachstum, das sich auf Exporte und Investitionen stützt und das die Ausfuhren steigen lassen und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Bislang gibt es hier nur wenig Fortschritte, und es werden weitere Anstrengungen zur Umstrukturierung der Wirtschaft und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen erforderlich sein, insbesondere die Stärkung des Rechtsstaats und, die Verringerung bürokratischen Aufwands, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung der Rolle des privaten Sektors sowie den Abbau rigider Strukturen im Arbeitsmarkt. Das Programm würde von einer gründlichen Analyse der strukturellen Wachstumsengpässe als Grundlage für die Feinabstimmung der Agenda für die strukturpolitischen Reformen des Landes profitieren.

- Der von der Zentralbank 2011 eingeschlagene geldpolitische Kurs war weitgehend angemessen. Bei unterdurchschnittlichen Wachstumsraten, einem stabilen Wechselkurs und fallender Inflationsrate kehrte die Zentralbank ab Juni ihre expansive Geldpolitik um. Angesichts des außen- und innenpolitischen Umfelds dürfte Serbien jedoch in naher Zukunft vor einer Reihe von makrofinanziellen Herausforderungen stehen. Eine sorgfältige Überwachung der Inflationsentwicklung und die Bekämpfung struktureller Mängel, insbesondere der nur langsamen Liberalisierung der Preise, sind von großer Bedeutung. Die etwaigen Außenfinanzierungszwänge und der Abwärtsdruck auf die einheimische Währung mahnen angesichts der starken inoffiziellen "Euroisierung" zur Vorsicht. Alle Maßnahmen zur stärkeren Nutzung der einheimischen Währung und zur Bekämpfung des hohen Maßes an notleidenden Krediten, insbesondere im Unternehmensbereich, müssen entschlossen fortgesetzt werden, denn dadurch wird nicht nur die Stabilität des Finanzsystems des Landes verbessert, sondern auch die Wirksamkeit der Währungspolitik. Es müssen weitere politische Maßnahmen zur Stärkung von Insolvenz-, Umschuldungs- und Durchsetzungsmechanismen getroffen werden.

Türkei

- Die Türkei hat ihr elftes wirtschaftliches Heranführungsprogramm im Januar 2012 vorgelegt. Hauptziel des Programms ist die Stärkung der makroökonomischen Stabilität, die nachhaltiges Wachstum sicherstellen und damit das Pro-Kopf-Einkommen an den EU-Durchschnitt annähern soll. Zu diesem Zweck zielt der geld- und fiskalpolitische Policy-Mix auf eine weiterhin vorsichtige Finanzpolitik ab, während Strukturreformen die Rolle des Privatsektors stärken, die Mittlertätigkeit des Finanzsektors verbessern und den Wert des Humankapitals steigern sollen. Die jüngste Bilanz zeigt jedoch, dass die Durchführung der Strukturreformen nur langsam vorankommt und die Fortschritte uneinheitlich sind. Eine Bewertung der Nachhaltigkeit der Zahlungsbilanz und der wichtigsten strukturellen Wachstumshemmnisse wäre unter den gegebenen Umständen äußerst wichtig und sinnvoll gewesen.
- Die weltweite Finanzkrise und die Risiken der Staatschuldenkrise im Euro-Währungsraum haben jüngst gezeigt, dass die türkische Wirtschaft widerstandsfähiger geworden ist. Das reale BIP wuchs 2010 um 9,2% und 2011 um 8,5%. Die Arbeitslosenrate sank um 1,6 Prozentpunkte auf 9,8% im Dezember 2011. Das Leistungsbilanzdefizit verzeichnete jedoch einen steilen Anstieg von 6,4% des BIP im Jahr 2010 auf ca. 10% des BIP im Jahr 2011, begleitet von einem wachsenden Handelsdefizit. Überdies verzeichnete die Gesamtinflation ab dem zweiten Halbjahr 2011 einen deutlichen Anstieg, von ca. 6% Mitte 2011 auf 10% zum Jahresende .

- Das Programm prognostiziert, dass die türkische Wirtschaft im Zeitraum 2012-2014 entsprechend der Potenzialrate, d.h. etwa 4-5 %, wachsen wird. Dieses Wachstum wird ausgeglichener sein, allerdings immer noch vorwiegend von Bruttoanlageinvestitionen (durchschnittlich 7 % pro Jahr) und nur in geringerem Maße vom privaten Verbrauch (3,5%) getragen werden. Es wird erwartet, dass die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen schrittweise anziehen wird. Das makroökonomische Szenario tendiert jedoch dazu, einige größere Risiken wie das wachsende außenwirtschaftliche Ungleichgewicht und den Anstieg des Inflationsdrucks außer Acht zu lassen. Es prognostiziert eine Verringerung des derzeitigen Leistungsbilanzdefizit von 9,4 % im Jahr 2011 auf 7 % des BIP bis 2014. In den letzten zwei Jahren ist das Leistungsbilanzdefizit jedoch nicht nur rasch und deutlich gestiegen, auch seine Verringerung erscheint unwahrscheinlich. Eine schwächere Binnennachfrage könnte zu einem leichten Rückgang der Einfuhren führen und die hohen Energiepreise dürften weiter Druck auf das Einfuhrvolumen ausüben. Kurzfristige Kapitalzuflüsse wurden 2010 zur Hauptfinanzierungsquelle. Andererseits sank der Anteil von Portfolioinvestitionen und kurzfristigen Kapitalzuflüssen an den Finanzierungsquellen, während bei den ausländischen Direktinvestitionen und langfristigen Kapitalzuflüssen im Jahr 2011 ein Anstieg zu verzeichnen war.
- Das öffentliche Defizit ist 2011 von 3,5 % des BIP im Jahr 2010 (vorläufiger Wert für 2010 ist 2,9 %) auf etwa 1% zurückgegangen und fiel somit besser aus als das im Haushaltsplan veranschlagte Defizit von 2,1 %, was hauptsächlich auf starkes Wachstum, und damit höher als ursprünglich veranschlagte Staatseinnahmen sowie auf die Einkünfte aus einer großen Umstrukturierung des Steuersystems zurückzuführen ist. Das mittelfristige haushaltspolitische Programm des Heranführungsprogramms sieht eine Verbesserung des konsolidierten gesamtstaatlichen Haushaltssaldos (0,8 % 2012 und 2013 bzw. 0,4 % 2014) vor, die teilweise durch geringere Zinszahlungen und niedrigere Primärausgaben bedingt ist. Die Schuldenquote soll schrittweise von 39,8 % des BIP im Jahre 2011 (effektiv 39,4 % des BIP) auf 32 % im Jahre 2014 fallen. Angesichts der Wachstumsprognosen des Programms erscheinen die haushaltspolitischen Ziele realistisch. Wie auch in den vergangenen Jahren wird nicht ausreichend auf die politischen Maßnahmen eingegangen, die zur Verwirklichung der haushaltspolitischen Ziele beitragen könnten.
- Wie auch im letzten Jahr wirkt das Programm in Bezug auf die geplanten Strukturreformen und institutionellen Reformen bruchstückhaft es deckt ein breites Spektrum von Themen ab, ist aber nicht ausreichend mit dem haushaltspolitischen Szenario verknüpft. Die Reformen im Bankwesen, im Energiebereich und im Bildungswesen haben sich positiv auf die türkische Wirtschaft ausgewirkt. In verschiedenen wichtigen Bereichen wie dem Arbeitsmarkt und dem Investitionsklima sind jedoch noch Reformen erforderlich.

- Der politische Handlungsrahmen der Zentralbank ist 2011 immer komplexer, weniger transparent und weniger kalkulierbar geworden. Ein wichtigerer Faktor für diese Entwicklung ist der Richtungswechsel zwischen den verschiedenen Zielen, die die Zentralbank in ihrer objektiven Funktion verfolgt, was teilweise an dem unbeständigen äußeren Umfeld liegt, das den Rahmen für die Kontrolle der Inflation schwächen kann. Das Inflationsziel für Ende 2011 wurde in der Tat deutlich verfehlt, was zum Teil auf Faktoren zurückzuführen ist, die außerhalb der Kontrolle der Zentralbank liegen, und es besteht weiterhin eine erhebliche Glaubwürdigkeitslücke. Schwankende Lebensmittel- und Energiepreise sind dafür zu einem großen Teil verantwortlich und werden weiterhin ein zusätzliches erhebliches Risiko in sich bergen. Durch die makroaufsichtlichen Maßnahmen der Zentralbank, beispielsweise die Anhebung der Prozentsätze der unverzinslichen Mindestreserve, und die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde konnte die Kreditausweitung erfolgreich eingedämmt werden. Aufgrund ihres außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts ist die Türkei anfällig für die negativen Auswirkungen eines plötzlichen Rückgangs der weltweiten Risikobereitschaft, eines Rückgangs der Kapitalströme, einer hohen Volatilität des Wechselkurses und einer Verlangsamung des Wachstums infolge verschärfter Außenfinanzierungsbedingungen. Als Reaktion auf den Inflationsanstieg sollte die Zentralbank sich wieder verstärkt ihrer Politik der Inflationsbekämpfung zuwenden und die Glaubwürdigkeitslücke zwischen erwarteter Inflation und ihrem Hauptziel schließen.

Statistiken

Im Bereich der Wirtschaftsstatistiken wurden seit 2011 in spezifischen Bereichen Fortschritte erzielt, und die Prioritäten für die weitere Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Alle Beitritts- und beitrittswilligen Länder haben zwar nun die wichtigsten Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgelegt, dennoch bestehen weiterhin Probleme hinsichtlich überholter Zeitreihen, spezifischer Ausgaben- und Einnahmenkomponenten und -aufschlüsselungen, und bei den Beschäftigungsdaten müssen alle Länder noch weitere Fortschritte machen, auch bei den geleisteten Arbeitsstunden. Montenegro hat dadurch, dass es begonnen hat, für die meisten Aggregate Daten (2000-2010) vorzulegen, beträchtliche Fortschritte erzielt; die Fortschritte der anderen beitrittswilligen Länder waren sehr gering. Island muss seine Einhaltung der Regeln in Bezug auf die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erheblich verbessern. Deshalb ist der vollständigen Anwendung des ESVG95 und der NACE Rev.2 sowie der vollständigen und rechtzeitigen Übermittlung der wichtigsten Produktions- und Ausgabenaggregate und der aggregierten Zahlen zum Bruttonationaleinkommen und zur Beschäftigung Vorrang einzuräumen.

- Defizit- und Schuldenstandsstatistiken: Bei den jährlichen Statistiken zum öffentlichen Defizit und zum öffentlichen Schuldenstand sind gewisse Verbesserungen zu verzeichnen, doch gibt es nach wie vor erhebliche Datenlücken und Probleme hinsichtlich der Methodik. In Bezug auf die Feststellung der Höhe der Staatsverschuldung und die Kohärenz der VÜD-Tabellen für Kroatien scheinen gewisse Fortschritte erzielt worden sein. Island konnte eine bessere Verfügbarkeit von Schuldenstandsdaten für den Zeitraum 2007-2010 verzeichnen. Die Türkei konnte bei der Methodik einige Fortschritte erzielen. Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien haben keine Haushaltsdaten gemeldet und sollten dies nachholen.
- Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI): Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien erstellt bereits versuchsweise harmonisierte Verbraucherpreisindizes und übermittelt sie an Eurostat. Auch Montenegro veröffentlicht versuchsweise HVPI, doch werden sie aufgrund technischer Übermittlungsprobleme noch nicht an Eurostat weitergeleitet.
- Europa 2020: Die Türkei und Kroatien haben zu den "Europa 2020"-Indikatoren recht umfassende Datenreihen übermittelt, die jüngsten Daten zu einigen der Armutsindikatoren für die Türkei fehlen jedoch. Island hat Daten zu allen Indikatoren übermittelt. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat Daten zur Beschäftigungsrate, Energieintensität, den Schul- und Ausbildungsabbruchern sowie den Hochschulabschlüssen vorgelegt.
- Mehrmals pro Jahr vorzulegende Statistiken: Was die Zeitnähe und den Erfassungsgrad der mehrmals pro Jahr vorzulegenden Statistiken betrifft, sind insbesondere im Bereich der kurzfristigen Unternehmensstatistiken generell Verbesserungen zu verzeichnen. Dennoch weisen insbesondere die Beschäftigungsstatistiken und die kurzfristigen Statistiken zu den öffentlichen Finanzen nach wie vor Lücken auf, so dass hier noch immer erhebliche Fortschritte von Nöten sind. Darüber hinaus werden die beitrittswilligen Länder aufgefordert, generell mehr Anstrengungen zu unternehmen, was die Verfügbarkeit, den Erfassungsgrad und die Zeitnähe der Kurzzeitindikatoren betrifft. Bei den kurzfristigen Unternehmensstatistiken kann Kroatiens Erfüllung der Anforderungen als zufriedenstellend angesehen werden; es bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Lücken.

- Währungs- und Finanzstatistiken: Die Minister begrüßten, dass regelmäßig Gespräche zwischen der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Zentralbanken der Beitritts- und beitrittswilligen Länder mit dem Ziel stattfinden, das Bewusstsein für die statistischen Anforderungen der EZB in diesen Ländern zu schärfen. In den letzten Jahren gab es mehrere Kontakte zwischen der für Statistiken zuständigen Generaldirektion der EZB und den Zentralbanken von Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei, um diese Länder für die statistischen Anforderungen der EZB, die methodischen Normen für die nationalen Beiträge zu den Daten für den Euro-Währungsraum und die Arbeitsmethoden der ESZB-Strukturen zu sensibilisieren. Eine frühzeitige Vorbereitung der europäischen Statistiken unter der Verantwortung des Europäischen Systems der Zentralbanken wäre wünschenswert.

Was die Statistiken betrifft, so begrüßten die Minister den Fortschrittsbericht vom April 2012 über den Aktionsplan für Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken für die beitrittswilligen Länder. Alle Beitritts- und beitrittswilligen Länder haben Fortschritte bei der Erfüllung der Anforderungen des Aktionsplans erzielt, jedoch sind in einigen Statistikbereichen nach wie vor zusätzliche Bemühungen erforderlich, um diesen Anforderungen umfassend zu genügen. Um sicherzustellen, dass die Beitritts- und beitrittswilligen Länder rechtzeitig auf die neuen Überwachungsverfahren im Rahmen des Europäischen Semesters vorbereitet sind, haben die Minister die Kommission aufgefordert, weiterhin die dafür erforderliche Unterstützung zu leisten.